

Milliardenpoker um EU-Finanz

ÖVP droht mit Veto. Grüne halten das für uneuropäisch.

WIEN Beim künftigen mehrjährigen EU-Finanzrahmen gibt sich Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kompromisslos. Österreich werde nicht mehr Geld als bisher einzahlen. Ähnlich argumentieren auch die Niederlande, Schweden und Dänemark – gemeinsam mit Österreich haben sie eine sogenannte Nettozahler-Allianz gebildet. Der Vorschlag der Kommission für die Jahre 2021 bis 2027 sei zu hoch, meint Kurz. Notfalls werde er ein Veto einlegen. Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) hält diese Drohung allerdings für überzogen und uneuropäisch.

Es geht um 1,14 Billionen Euro

Mit dem mehrjährigen Finanzrahmen wird festgelegt, wie viel Geld die EU in sieben Jahren für verschiedene Aufgaben maximal ausgeben darf. Die Kommission hatte vorgeschlagen, 1,114 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der 27 EU-Staaten in den langjährigen Haushalt fließen zu lassen. Über sieben Jahre würde sich das insgesamt auf etwa 1,14 Billionen Euro summieren. Die Nettozahler-Allianz will nicht mehr als ein Prozent geben. Das Europäische Parlament fordert 1,3 Prozent. Was nach geringen Unterschieden klingt, täuscht. Es geht um Milliarden. Was das Thema so kompliziert gemacht hat, ist der Austritt des Vereinigten Königreichs Ende Jänner. Großbritannien war einer der größten Nettozahler. In den Jahren ab 2021 fehlen deshalb bis zu 14 Milliarden Euro pro Jahr im EU-Haushalt.

Die Nettozahler-Allianz sieht Mehrbelastungen auf sich zukommen. Die Staaten stellen sich nicht nur gegen die Kommission, sondern auch gegen die meisten anderen Mitgliedsländer. Eine rasche Einigung ist nicht im Sicht. Diese braucht es aber. Am 20. Februar lädt EU-Ratspräsident Charles Michel zu einem Sondergipfel.

„Widersprüchliche ÖVP-Position“

Der Politikwissenschaftler und EU-Experte Andreas Maurer von der



Am 20. Februar lädt EU-Ratspräsident Michel (l.) zu einem Sondergipfel zum EU-Haushalt. Kurz beharrt auf seiner Position.

Universität Innsbruck hält die ÖVP-Position für widersprüchlich. Einerseits vertrete der Kanzler die Haltung, dass Österreich nicht bereit sei, mehr als ein Prozent zu zahlen. Andererseits gebe es aber wenig konkrete Aussagen, in welchen Bereichen Österreich bereit wäre, auf Geld der EU zu verzichten. Im Gegenteil. So ließ Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) zuletzt wissen, dass Kürzungen bei den europäischen Agrarsubventionen inakzeptabel seien. „Wenn man diese nicht senken will und sich trotzdem mehr politische Aktivitäten der EU in Bereichen wie etwa der Migration oder der Kont-

rolle der Außengrenzen erwartet, passt das nicht gerade gut zusammen“, sagt Maurer.

Der Politologe hält es für unwahrscheinlich, dass sich die Allianz um Österreich durchsetzt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den wichtigen Mitgliedsstaat und Nettozahler Deutschland.

Die Bundesrepublik übernimmt in der zweiten Jahreshälfte den EU-Vorsitz. Dann dürfte auch die Einigung über den Finanzrahmen stattfinden. Im Koalitionsvertrag zwischen Merkels CDU und den Sozialdemokraten ist eine klare Bereitschaft für höhere Beiträge zum EU-Budget festgehalten. „Deutschland geht nicht von der Ein-Prozent-Vorgabe aus, sondern von den Aufgaben, die künftig an die EU gestellt werden. Das unterscheidet die Position klar von jener Österreichs“, erläutert Maurer.

Kanzler und Vizekanzler uneins

Wobei bei der österreichischen Position noch zwischen ÖVP und Grünen unterschieden werden muss. Eine gemeinsame Meinung gibt es in der Koalition nicht. Auch im türkis-grünen Regierungsprogramm ist keine konkrete Haltung zum EU-Budget festgelegt. Anders als Kanzler Kurz glaubt Vizekanzler Kogler

an einen Kompromiss. Mit den von der EU-Kommission vorgeschlagenen 1,114 Prozent hätte er kein Problem. Die ÖVP will nach eigenen Angaben aus „Verantwortung für den Steuerzahler“ am Ein-Prozent-

„Es gibt kaum Aussagen, in welchen Bereichen Österreich auf Geld der EU verzichten würde.“

Andreas Maurer
Politologe

Ziel festhalten. Europaministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) wirbt ab dieser Woche unter anderem in den Visegrad-Staaten Tschechien, Ungarn und Polen aktiv um Unterstützung.

Nur Verhandlungsposition

Ob die ÖVP am Ende tatsächlich sowohl einen koalitionären als auch europäischen Konflikt riskiert, wird sich erst zeigen. Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) erklärte im VN-Interview im Jänner zwar, am Ein-Prozent-Ziel festhalten zu wollen, sagte aber auch: „Das eine ist die Verhandlungsposition, das andere, was am Ende des Tages herauskommen wird.“ **VN-RAM, EBI**

EU-AUSGABEN UND -EINNAHMEN

2,43 Milliarden Euro zahlte Österreich 2017 in den EU-Haushalt ein.

1,74 Milliarden Euro erhielt Österreich 2017 an EU-Geldern. Davon entfielen 1,21 Milliarden Euro (69 Prozent) auf die Landwirtschaft, 85 Millionen Euro (5 Prozent) auf die Regionalpolitik und 362 Millionen Euro (21 Prozent) auf Forschung und Entwicklung.

Tempo 140 ist Geschichte

Keine Teststrecken mehr ab März. S18-Verfahren läuft weiter, sagt Ministerin.

WIEN Tempo 140 auf Österreichs Autobahnen ist mit Ende des Monats passé. Infrastrukturministerin Leonore Gewessler (Grüne) kündigte am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“ an, am Montag die Verordnung zur Beendigung der beiden Teststrecken in Nieder- und

Oberösterreich zu erlassen. Wirksam wird diese mit 1. März.

NOVA-Deckel im Visier

Ansonsten blieben die Antworten der Ministerin eher vage. Allenfalls deutete Gewessler an, wo es in Sachen ökologischer Besteuerung hingehen könnte. So stellte sie etwa zur Normverbrauchsabgabe selbst die Frage: „Ist der Deckel bei der NOVA der richtige Weg? Ist das in Hinblick auf ökologische Ziele sinnvoll?“

In Sachen Pendlerpauschale wiederum fände sie es gerechter, wenn diese nicht vom Einkommen abhängig sei, wie dies derzeit wegen der Gestaltung als steuerlicher Freibetrag der Fall ist. Derzeit sei die Pauschale sozial nicht gerecht. Das müsse sich ändern. Ebenso sollte sie ökologischer gestaltet werden, „mit stärkerem Anreiz, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen“.

Prüfung der Arlbergstrecke

Zur Abschaffung des Dieselpriwilegs hielt sich die Ressortchefin einmal mehr zurück. Dies werde man im Zuge der Steuerreform „tabulos diskutieren“: „Wir müssen uns ansehen, was wir für eine Umsteuerung brauchen.“

Zu laufenden Projekten wie der S18, welche die Autobahnen Österreichs und der Schweiz verbinden soll, erklärte die Ministerin, dass alle laufenden Verfahren im besten rechtsstaatlichen Sinne zu Ende zu führen seien. Eine Prüfung ist für die Bahnverbindung nach Vorarlberg angesagt. Gewessler will sich ansehen, was es für die Strecke zwischen Salzburg und Bregenz braucht. „Wir sehen, dass die Beschleunigung zu einer wesentlichen Attraktivierung geführt hat und werden im nächsten Jahr prüfen, was wir am Arlberg tun können.“



Ministerin Leonore Gewessler beantwortete am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“ die Fragen von Ulla Kramar-Schmid (ORF) und VN-Chefredakteur Gerold Riedmann.

Sobotka will nicht in die Hofburg

WIEN Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) plant nicht, bei der nächsten Bundespräsidentenwahl in rund drei Jahren anzutreten. Er wolle bis zum Ende der Legislaturperiode seine Funktion ausfüllen, womit sich eine Kandidatur ausschließe, erklärte er im ORF-

Magazin „Hohes Haus“. Die Zweite Präsidentin Doris Bures (SPÖ) ließ diese Frage offen. Auch der Dritte Präsident Norbert Hofer, der lange mit einem neuen Antreten geliebäugelt hatte, legte sich nicht fest. Derzeit habe er als FPÖ-Obmann viele andere Dinge zu tun.

KARIKATUR

Grüner Zankapfel!

